

Holzenergie – eine moderne Alternative für Gewerbe und Kommunen

Auch in kommunalen und gewerblichen Gebäuden spielt Holzenergie eine immer wichtigere Rolle bei der Bereitstellung von Raumwärme. Das wurde bei einer Fachtagung in Stuttgart deutlich.

Berlin, 26.05.2009 – Zu einer Tagung mit dem Thema „Holzenergie – Moderne Alternative für Gewerbe und Kommune“ luden am 11. Mai das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, der Fachverband Holzenergie und das Deutsche Pelletinstitut (DEPI) ins Haus der Wirtschaft in Stuttgart ein. Etwa 100 Teilnehmer aus Kommunen, Wirtschaft, Wohnungsbau, Energieagenturen und Planungsbüros diskutierten dort über die Bedeutung von Holzenergie. Richard Drautz, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, erläuterte die Ziele der Landesregierung: Bioenergie, zu der die Holzenergie zählt, sei neben Wasserkraft die wichtigste erneuerbare Energiequelle im Südwesten Deutschlands. Bei dem bis 2020 angestrebten Ausbau der erneuerbaren Wärme auf 14 Prozent sei sie mit 70 Prozent eingeplant. Dazu soll auch ein vom Land initiiertes Bioenergie-Wettbewerb beitragen, der für diverse Projekte eine jährliche Fördersumme von zwei Millionen Euro vorsieht. „Schwerpunkte sind effiziente und innovative Anlagen. 22 dieser Projekte hat das Land bislang gefördert“, sagte Drautz. 2007 stammten in Baden-Württemberg von den 12,9 auf erneuerbarer Basis erzeugten Terrawattstunden (TWh) 11,7 TWh aus Biomasse und davon 10,4 TWh aus Holz, wie Fachreferent Konrad Raab (Wirtschaftsministerium) erläuterte. Der Anteil von Biomasse soll bis zum Jahr 2020 um weitere 6,4 TWh auf 18,1 TWh zunehmen.

Dr. Joachim Nitsch (Institut für Technische Thermodynamik, Universität Stuttgart) verdeutlichte als Gutachter für die Leitstudie der Bundesregierung zum Ausbau erneuerbarer Energien die Entwicklung des Wärmemarktes. „Ohne dessen Umgestaltung durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und die Reduzierung des Raumwärmebedarfes, werden die Klimaschutzziele nicht erreicht“, sagte Nitsch. Nach seiner Prognose werden Öl und Gas zur Raumwärmeversorgung in Einzelwohnungen bis 2050 in Deutschland fast vollständig verschwinden. Bis dahin werde sich die Fläche zum energetischen Biomasseanbau verdoppeln. Hieraus resultiere beim Waldholz ein Anstieg der energetisch nutzbaren Menge von heute 47 Millionen Kubikmeter auf 57 Millionen Kubikmeter. Hinzu kämen verstärkt Kurzumtriebsplantagen in der Landwirtschaft, wo bis zum Jahr 2050 mit 22 Millionen Kubikmetern Biomasse zu rechnen sei. Nitsch nannte eine Verschärfung ordnungspolitischer Regelungen wie dem Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) durch die Ausdehnung des Geltungsbereiches auf den Immobilienbestand „eine notwendige Voraussetzung zum Umbau des Wärmemarktes“.

Die Pelletbranche profitiert gegenwärtig von der Wirtschaftskrise

Martin Bentele, Geschäftsführer des DEPI und des Deutschen Energie-Pellet-Verbands (DEPV), hob die Bedeutung des modernsten Holzenergiesortiments Pellets für die Wärmeversorgung hervor. Dies sei gerade angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise festzustellen. „Wir rechnen auch in diesem Jahr mit einem deutlichen Wachstum“, sagte Bentele. Dies sei weniger auf gesetzliche Regelungen zurückzuführen als auf den immensen Modernisierungstau in deutschen Heizungskellern. Dazu komme die momentane Bereitschaft der Menschen, ihr Geld in Anbetracht einer drohenden Inflation lieber in das eigene Heim zu investieren. „Damit können Heizkosten gespart werden, gleichzeitig fördert der Staat eine solche Investition. Das ist besser, als das Geld auf die Bank zu tragen“, bekräftigte Bentele.

Auch im kommunalen Bereich werden immer mehr Pelletheizungen installiert. Hier sind nach Ansicht des DEPV die Mittel aus dem Konjunkturpaket II verantwortlich, durch die Gemeinden und Städte in die Lage versetzt würden, teils marode Heizsysteme zu ersetzen. Bentele sieht Baden-Württemberg als Vorreiter in Sachen Holzenergienutzung und erneuerbarer Energie. „Die Landesregierung müsste aller-

dings das ab 2010 im Wohnungsbau geltende EEWärmeG auf den Nichtwohnungsbereich ausdehnen. Es ist unverständlich, dass Lieschen Müller gezwungen wird, erneuerbare Wärme zu nutzen, nicht aber Kommunen, die eine gewisse Vorbildfunktion haben“, betonte Bentele. Was in Baden-Württemberg ebenfalls auffalle, seien die zahlreichen Festbrennstoffverbote in Kommunen, wo man mitunter keinen Unterschied zwischen Kohle und modernen emissionsarmen Brennstoffen wie Holzpellets mache. Solche Regelungen gehörten abgeschafft, da noch in dieser Legislaturperiode auf Bundesebene eine strenge Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1. BImSchV) in Kraft trete.

Andreas Groll vom Holzenergiefachverband Baden-Württemberg forderte, das Land müsse die von 1994 bis 2006 durchgeführte Fördermaßnahme „Holzenergie Baden-Württemberg“ wieder auflegen. Groll verwies auf die weiterhin großen Möglichkeiten, das energetische Holzangebot aus den Wäldern zu steigern. Ein Ausbau der Holzenergie werde durch das Rohstoffpotenzial gedeckt. Sebastian Proske vom DEPI erläuterte die Fördermöglichkeiten für die Holzenergie, insbesondere bei größeren Projekten.

Ökologische und ökonomische Vorteile der Holzenergie in der Praxis

Im zweiten Teil der Tagung wurden Best-Practice-Modelle vorgestellt, wie kommunale Einrichtungen und größere Wohnprojekte mit Holzenergie versorgt werden können. Helmut Böhnisch von der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA) gab eine Übersicht über die Verwendung der Holzenergie im kommunalen Umfeld. Die Vielzahl der vorhandenen Einsatzmöglichkeiten der Holzenergie wurde anhand energetischer Sanierungsprojekte von Schulen, größeren Wohngebieten und Krankenhäusern aufgezeigt. Neben der reinen Wärmeerzeugung gebe es auch die Option von Blockheizkraftwerken zur Strom- und Wärmeproduktion. „Bis zu 230.000 Euro Energiekosten konnten bislang durch den Energieträger Holz beispielsweise in der Neckar-Odenwald-Klinik in Buchen jährlich eingespart werden“, erläuterte Böhnisch ein Beispiel für die Energiewende in kommunalen Projekten.

Eine Möglichkeit, Investitionskosten bei der Umstellung der Wärmeversorgung zu umgehen, sind Contracting-Verträge, bei denen ein Dienstleister den Heizungskessel stellt und für dessen Betrieb sorgt. Dem Abnehmer werden die Energiekosten berechnet, wie Bene Müller von der Solarcomplex AG erklärte. Müller stellte die Vorteile des Contractings mit Pellets anhand von Wohnungskomplexen und Wohnungssiedlungen vor. Wolfgang Schuler vom Ingenieurbüro Schuler GmbH zeigte die Funktionsweise der auf biogenen Festbrennstoffen basierenden Heizsysteme auf. Dabei gebe es auch klare ökonomische Vorteile. „5.500 Kubikmeter Holzhackschnitzel ersetzen auf dem Gelände der Firma Kärcher in Obersontheim rund 340.000 Liter Heizöl“, sagte Schuler. Die Kosten des Brennstoffs Holz lägen bei diesem Beispiel inklusive Investitionskosten unter fünf Cent pro Kilowattstunde, was gegenüber einer Ölheizung zu einer Einsparung von 28.700 Euro im Jahr führe. Die Vorteile von Nahwärmenetzen, die an Holzpellettheizungen gekoppelt sind, hob Ernst Buck (Buck GmbH) hervor. Hier bestünden große Potenziale, mehrere Häuser mit Wärme, insbesondere aus Pellettheizungen, zu versorgen. „Bei Nahwärmenetzen halten sich die Investitions- und die laufenden Kosten in Grenzen, da die räumliche Nähe der Abnehmer die Wärmeverluste begrenzt.“

Moderiert wurde die Veranstaltung von Professor Bastian Kaiser, Rektor der Fachhochschule für Forstwirtschaft in Rottenburg. Die einzelnen Tagungsbeiträge können im Internet unter www.wm.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php/208580 abgerufen werden. Das Deutsche Pelletinstitut wird im Juni auf der Homepage www.depi.de für Kommunen und Gewerbe zudem eine Informationsmappe zum Thema Holzenergie als moderne Alternative mit Fördermöglichkeiten bereitstellen.

Über das Deutsche Pelletinstitut:

Das Deutsche Pelletinstitut bündelt die Bereiche Kommunikation, Information, PR und Marketing rund um das Thema Heizen mit Holzpellets. Im Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft und Wissenschaft will das Institut als Kommunikationsplattform das Thema dauerhaft ins öffentliche Blickfeld rücken. Träger der Deutschen Pelletinstitut GmbH sind führende deutsche Kessel- und Ofenhersteller, Pelletproduzenten, Handelsunternehmen sowie Komponentenhersteller im Deutschen Energie-Pellet-Verband e.V. (DEPV).

Pressekontakt:

JDB Media GmbH, Schanzenstraße 70, 20357 Hamburg

Stephanie Schmidt: Tel. 040-46 88 32-21 E-Mail: schmidt@depi.de

Lutz Günther: Tel. 040-46 88 32-18 E-Mail: guenther@depi.de

www.depi.de